

Hanns Abele

## Finanzielle Aspekte der Nord-Süd-Beziehungen

Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind ökonomisch betrachtet von realen und monetären Faktoren bestimmt. Zu den realen Faktoren sind neben der Größe der Länder ihre Ausstattung mit Produktionsfaktoren, Rohstoffen, Bevölkerung, technischem Wissen, das seinerseits wieder die verwendete Produktionstechnik festlegt, und das Nachfrageverhalten zu zählen. Zu den monetären oder auch finanziellen Elementen gehören die inländische Geldmenge, das Zinsniveau, die Struktur und der Entwicklungsstand des Bankwesens sowie die Wechselkurse, d. h. die Austauschrelationen von in- und ausländischer Währung. Eine Aufstellung der Transaktionen zwischen dem Inland und dem Ausland bezeichnet man als Zahlungsbilanz, welche damit Aufschluß über die internationale Position eines Landes gibt. Übersteigen die Exporte die Importe, so können die Mehrerlöse als internationale Reserve betrachtet werden. Andererseits gibt die Zahlungsbilanz auch Einblick in den Kapitalverkehr. Nimmt ein Land einen Kredit auf den internationalen Finanzmärkten auf, so erfährt es dadurch eine Vergrößerung seiner internationalen Zahlungsmittel, hat aber in seiner Vermögensposition eine Verpflichtung, für welche Zinszahlungen und Rückzahlungen zu leisten sind.

Der institutionelle Rahmen, in dem sich die internationalen Wirtschaftsbeziehungen abspielen, wird von den Regeln des Handelsverkehrs und der internationalen Währungsordnung festgelegt. Zur Abwicklung bzw. Überwachung werden dementsprechend Einrichtungen oder Organe geschaffen, die Rechtssicherheit bzw. Vertrauen garantieren sollen, ohne die internationale Transaktionen überhaupt nicht stattfinden. Historisch gesehen ist die jeweilige Weltwirtschaftsordnung Ausdruck des politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisses und ändert sich mit Verschiebungen in den Machtpositionen der einzelnen Länder oder Ländergruppen. So ist auch die heutige Gestalt der Weltwirtschaftsordnung – mit Institutionen wie Internationaler Währungsfonds (IMF), Weltbank, GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) oder UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development), OPEC (Organization of

Petroleum Exporting Countries), OECD (Organization for Economic Co-operation and Development) – das Ergebnis der Verhältnisse am Ende des Zweiten Weltkriegs und der Entwicklungen seither.

Wichtig ist es festzuhalten, daß wegen der wechselseitigen Abhängigkeit der Volkswirtschaften, die im Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung durch Differenzierung und Arbeitsteilung zunimmt, die Weltwirtschaftsordnung auch bestimmte Übertragungsmechanismen institutionalisiert. Solange ein System von festen Wechselkursen herrschte, sprach man von der «importierten» Inflation und verstand darunter die Übertragung von Preisniveauerhöhungen von einem Land auf das andere. Seit dem Übergang zu einem System von flexiblen Wechselkursen weiß man, daß dem Nachteil der Inflationsübertragung ein Vorteil in der Gestalt der Konjunkturinduktion gegenüberstand, der nunmehr verlorengegangen ist. Hatte etwa die US-amerikanische Wirtschaft einen Konjunkturaufschwung erreicht, so wurden diese stimulierenden Effekte in dem System der festen Wechselkurse auch auf die europäischen Länder und die Entwicklungsländer übertragen, ohne daß sich diese selbst besonders anstrengen mußten. Es ist daher sehr schwierig festzustellen, ob Entwicklungen eher von realen Faktoren oder eher von monetären Faktoren verursacht werden, sicher ist es hingegen nicht möglich, die finanziellen Aspekte bei einer Analyse der internationalen Wirtschaft zu vernachlässigen.

In den Jahren nach 1973 hat, ausgelöst durch die Vervierfachung des Ölpreises, insbesondere eine Fragestellung im Bereich der Finanzbeziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern verstärktes Interesse gefunden, nämlich die rasante Steigerung in der Verschuldung der Entwicklungsländer. Da es zu diesem Problem zahlreiche unterschiedliche Meinungen gibt, soll zunächst ganz abstrakt und vereinfacht die grundlegende Problematik dargestellt werden.

In einer Wirtschaft, in der Güter oder Leistungen nur gegen Geld erworben werden können, setzt die Nachfrage entsprechende Zahlungsmittel voraus. Die Zahlungsmittel beschränken somit die Erwerbbarkeit von Gütern, seien diese für den Konsum oder Investitionen bestimmt. Werden nun einer Wirtschaftseinheit, z. B. einem Land, Kreditmittel zur Verfügung gestellt, so kann diese Einheit mehr erwerben, als es die momentan verfügbaren Finanzierungsmittel zugelassen hätten. Durch den Kredit erweitern sich also die Handlungsmöglichkeiten für die Schuldner. Da aber Kredite im Gegensatz zu Geschenken zurückgezahlt werden müssen und überdies für die zeitweilige Überlassung der Finanzierungsmittel Zinsen zu zahlen



sind, hängt die Beurteilung, ob Kredite sinnvoll sind oder nicht, von der Verwendung der Mittel ab. Erhält beispielsweise jemand 100 Währungseinheiten und verwendet diese dazu, seinen Konsum zu erhöhen, dann hat er zwar momentan einen Zuwachs an Befriedigung, aber in Zukunft keine Mittel, um Zinsen und Rückzahlungen zu leisten. Diese können nur durch die schmerzliche Reduktion des gewohnten Konsums, also durch zusätzliche Einschränkungen, erwirtschaftet werden. Die Hoffnung, die Gläubiger überlisten zu können, ist zumindest im internationalen Bereich sehr gering, da sich niemand finden wird, um dem säumigen Schuldner irgendwelche Kredite zur Verfügung zu stellen, weil jeder neue Gläubiger selbst damit rechnen müßte, daß auch sein Kredit nicht mehr zurückgezahlt wird. Anders sieht die Lage bei investiver Verwendung der Kreditmittel aus. Werden die 100 Währungseinheiten verwendet, um etwa eine Maschine zu erwerben, so kann die Rückzahlung und der Zinsendienst aus den Erträgen der Maschine erwirtschaftet werden. Dies setzt allerdings voraus, daß die Produktion, die die Maschine hervorbringt, abgesetzt werden kann und die Produkte entsprechende Preise erzielen.

Überträgt man diese Überlegungen auf die internationalen Kredite an Entwicklungsländer, so erkennt man, daß das Phänomen der Verschuldung allein nicht hinreichend ist, um die Position der Entwicklungsländer ausreichend zu beurteilen. Erst die Verwendung der Mittel erlaubt es abzuschätzen, ob die Verschuldung für die Entwicklungsländer vorteilhaft sein könnte. Da der Großteil der gesamten Verschuldung der Entwicklungsländer, zumindest gegenüber privaten Gläubigern, auf wenige Länder konzentriert ist, und diese bereits zu den fortgeschritteneren Ländern mit höherem Bruttosozialprodukt pro Kopf zählen – Beispiele sind Brasilien und Mexiko –, so argumentiert man verschiedentlich, sei von einer Überschuldung der Entwicklungsländer keine Rede. Diese Länder seien nämlich gerade wegen ihres vergleichsweise höheren Entwicklungsstandes verstärkt auf Zufuhr von Auslandskapital angewiesen, um ihre ambitionierten Entwicklungsprogramme durchführen zu können. Andererseits ermögliche es ihnen ihre Industrialisierung, durch Exporterlöse die nötigen Erträge zu erwirtschaften und damit ihre Schulden zu tilgen sowie auch den Zinsendienst zu leisten.

Diese Argumentation betont zwei Gesichtspunkte: Ob «Überschuldung» der Entwicklungsländer vorliegt, kann mit einer aggregierten Betrachtungsweise nicht geklärt werden. Erst eine länderweise durchgeführte Untersuchung gibt Aufschluß, wieweit für das einzelne Land und die Weltwirtschaft gefährliche Entwicklungen zu erwarten sind. Weiters sind die Kredit-

bedürfnisse von dem Entwicklungsstand eines Landes abhängig, wobei beschleunigte Entwicklung größere Kreditnachfrage, aber auch verbesserte Rückzahlungsfähigkeit, im Bankenjargon geringeres Ausfallrisiko oder bessere Bonität, bedeutet.

Obwohl die Lage einzelner Länder sehr verschieden sein kann, gibt es Entwicklungen, die Ländergruppen betreffen. Nach der Vervierfachung des Ölpreises im Jahre 1973 hatten die Entwicklungsländer mit dem geringsten Prokopfeinkommen und ohne eigene Ölfelder große Zahlungsbilanzschwierigkeiten, weil sie für die Ölimporte plötzlich Mehrausgaben hatten, ohne ihre Exporte entsprechend steigern zu können und damit die nötigen Mittel zu erwerben, so daß sie weiter Öl importieren könnten. Hätten sie keine Kredite erhalten, so wäre ihnen unvermittelt Öl als Energiequelle entzogen worden. Eine abrupte Anpassung wäre die Folge gewesen, wobei es Strukturbrüche in der Entwicklung und teilweise katastrophale Nachwirkungen für die Bevölkerung hätte geben können. Die Überbrückung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten ermöglicht zwar eine Streckung der Anpassungszeit für nötige Umstellungen, enthebt aber nicht der Notwendigkeit, Änderungen herbeizuführen. Diese Änderungen müssen einen Ausgleich der Zahlungsbilanz zumindest auf mittlere Sicht herbeizuführen versuchen, was nach dem Gesagten entweder eine Steigerung der Exporte oder eine Senkung der Importe oder beides voraussetzt. Wenn nun etwa die Entwicklungsländer als Gruppe ihre Exporte nicht steigern können, weil wegen einer Rezession in den Industrieländern deren Nachfrage nach Exportgütern der Entwicklungsländer stagniert oder sogar zurückgeht, dann bleibt nur der Ausweg der Importeinschränkung. Sind die Importgüter aber für die Entwicklung oder auch nur für die Aufrechterhaltung des Existenzniveaus notwendig, so kann man die Folgen einer solchen erzwungenen Anpassungsstrategie leicht ermessen.

Auch das zweite Argument: stark verschuldet sind nur jene Länder, die es sich leisten können, ist eine Verkürzung der Zusammenhänge. Genausowenig Aussagekraft wie die aggregierte Betrachtungsweise der Länder hat auch die aggregierte Untersuchung der Schuldenstände. Eine ganz wichtige differenzierende Komponente sind dabei die Kreditkonditionen, die einzelnen Ländern eingeräumt werden, sowie die Fälligkeitsstruktur der einzelnen Kredite. Neben Krediten, die im Rahmen der offiziellen Entwicklungshilfe gewährt werden, niedrig verzinst sind, längere tilgungsfreie Zeiträume aufweisen und manchmal sogar in Geschenke umgewandelt werden, ist in den siebziger Jahren die Finanzierung der Entwicklungsländer verstärkt durch internationale Finanzmärkte oder



Großbanken erfolgt. Die Bedingungen dieser Kredite folgen der Marktlage auf den internationalen Finanzmärkten. Unter normalen Umständen ist es jenen Ländern, die solche marktmäßige Kredite erhalten haben, möglich, abgelaufene Kredite durch neue zu ersetzen. Wenn ihre Schulden aber eine Fälligkeitsstruktur aufweisen, die einen gehäuften Finanzbedarf innerhalb relativ kurzer Zeit entstehen läßt, bzw. die internationalen Finanzmärkte – aus verschiedensten Gründen – gerade wenig ergiebig sind oder im speziellen die Kreditgewährung durch die Banken an das einzelne Land oder die Ländergruppe insgesamt bereits hohe Beträge erreicht hat, so kann es zu Liquiditätskrisen kommen. Obwohl die mittelfristige Verschuldungsfähigkeit der fortgeschrittenen Entwicklungsländer nicht bestritten wird, sind sie vor solchen Problemen nicht gefeit. Da die marktmäßige Finanzierung kurzfristig und für die Schuldner teuer ist, kann man die Möglichkeit von solchen Krisen nicht ausschließen.

Für die ärmeren Entwicklungsländer besteht diese Gefahr nicht, denn sie haben keinen Zugang zu den privaten Finanzquellen, weil sie für die Gläubiger ein zu großes Risiko darstellen. Ihre Zahlungsbilanzprobleme können nur durch vermehrte Entwicklungshilfeleistungen überbrückt werden. Gerade aber die offizielle Entwicklungshilfe der Industrieländer hat die gesetzten Ziele nicht erreicht. Dies ist Ausdruck der geringen öffentlichen Unterstützung eines Kapitaltransfers im Rahmen der Entwicklungshilfe, aber auch eine Folge der Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik in den Industrieländern, wodurch die Bereitschaft zu einer Umstrukturierung der Ausgaben oder sogar neue Ausgaben zugunsten wirtschaftlich Schwacher gesunken ist.

Die Exporterlöse ebenso wie die Importausgaben der Entwicklungsländer und damit ihre Zahlungsbilanzpositionen werden aber auch sehr nachhaltig von den Preisentwicklungen auf den internationalen Märkten beeinflusst. Sinken die Preise für Rohstoffe oder Produkte, die die Entwicklungsländer hauptsächlich exportieren, so gehen die Exporterlöse selbst bei gleichen Exportmengen zurück. Verschärft wird dieser Rückgang, wenn er von Preissteigerungen bei den Importen begleitet wird. Die Inflation in den Industrieländern wirkt sich über die Steigerung der Preise der Industrieprodukte in die Entwicklungsländer aus. Für denselben Betrag, den diese aus ihren Exporten erwirtschaften, können sie mengenmäßig weniger Industrieprodukte importieren. Für die Übertragung inflationärer Importe ist die Ausgestaltung der internationalen Währungsordnung eine wichtige Einflußgröße, da sie auch die Möglichkeiten

beeinflusst, durch Reservenbildung dem negativen Einfluß von Preis-, Absatz- und Finanzierungsunsicherheit vorzubeugen.

Mit dem Argument, daß auch die Industrieländer ein Interesse daran haben müßten, durch stabile Rohstoffpreise ihre langfristige Versorgung sicherzustellen, versuchen die Entwicklungsländer im Nord-Süddialog eine Preis- oder Einkommensgarantie zu erhalten. Diesem Zweck soll das integrierte Rohstoffabkommen dienen. Längerfristig erscheint es allerdings zweifelhaft, ob der große politische Einsatz, der für das Zustandekommen dieses Abkommens aufgewendet wird, auch tatsächlich den längerfristigen Interessen der Entwicklungsländer am besten dient. Je mehr die Entwicklungsländer auf dem Weg der Industrialisierung voranschreiten, um so mehr sind sie auf den Absatz ihrer neuen Produktionen in den Industrieländern angewiesen, sind also mehr an den Produktpreisen als an den Rohstoffpreisen interessiert, welche für nicht entwickelte Länder die Haupteinnahmequelle darstellen.

Über die künftige Entwicklung des Austauschverhältnisses, der relativen Preise von Industrieprodukten und landwirtschaftlichen Erzeugnissen bzw. Rohstoffen gehen die Meinungen auseinander. Doch zeigt diese Betrachtung, daß für die relative Position der einzelnen Ländergruppen nicht nur die absoluten Preise und ihre Veränderungen (Inflation, Wechselkursverschiebungen), sondern auch die Verschiebungen der Preisrelationen von Gütergruppen bedeutsam sind.

Auch unter finanziellen Gesichtspunkten ist für eine Beurteilung der Auswirkungen wirtschaftlicher Ungleichheit eine Analyse der Interessenpositionen notwendig. Die Industrieländer nehmen dabei eine Gläubigerstellung ein. Sie gewähren Entwicklungshilfe – in den siebziger Jahren hat auch die OPEC vermehrt Entwicklungshilfe gegeben – und finanzieren Zahlungsbilanzprobleme. Der internationale Währungsfonds (IMF) vertritt dabei die Position einer Instanz, welche den Fortschritt des Anpassungsprozesses überwacht. Den Entwicklungsländern erscheinen sehr oft die vom IMF geforderten kurzen Zeithorizonte mit den dadurch bewirkten Härten übertrieben, weshalb sie den IMF als Vertreter der Gläubigerinstanz ansehen und seine Kreditmöglichkeiten nur im äußersten Fall beanspruchen.

Für die Großbanken, die die Zahlungsbilanzfinanzierung in den siebziger Jahren in großem Ausmaß aufgenommen haben, bedeutet diese Ausweitung ihres Geschäftes eine willkommene Ergänzung, da sie einem starken Zustrom von Mitteln aus der OPEC ausgesetzt waren, wofür sie Anlagen suchten. Bisher



ist diese Geschäftsausweitung sehr profitabel gewesen, wobei das Risiko beschränkt blieb. Da jedoch die internationalen Großbanken auch in den Industrieländern die Finanzstrukturen dominieren, würde eine Finanzkrise im Bereich der Entwicklungsländerfinanzierung sicher nicht ohne Rückwirkung auf die Industrieländer selbst bleiben.

Andererseits können die Industrieländer ihre Produkte in den Entwicklungsländern nicht absetzen, wenn diese ihre Importe nicht finanzieren können. Von dieser Einsicht zeugen die verschiedenen Formen der Exportkredite, die gerade diesem Zweck dienen. Als Gläubiger sind daher die Industrieländer an der Rückzahlung ihrer Kredite interessiert und damit implizit an ihrer entsprechenden Verwendung. Das Risiko einer Preisverminderung, Wechselkursveränderung oder eines Nachfragerückgangs ist zunächst dem Schuldnerland aufgebürdet. Umgekehrt führt eine besonders effiziente Verwendung der Mittel dazu, daß die Entwicklungsländer mit ihrer Produktion in die Märkte der Industrieländer eindringen und für einige Industriezweige und Regionen Beschäftigungsprobleme verursachen. Diesen Schwierigkeiten versucht man in den Industrieländern mit verstärkten protektionistischen Maßnahmen, die alle eine Beschränkung der Einfuhr anstreben, zu begegnen. Daß damit die Rückzahlung der zuvor gewährten Kredite gefährdet wird und damit die Problematik der Verschuldung der Entwicklungsländer von den Industrieländern selbst vergrößert wird, ist nach dem Gesagten einleuchtend.

Die Schuldnerländer als Gruppe sind von entgegengesetzten Interessen geprägt. Je nach Ressourcenausstattung, Zugehörigkeit zur Gruppe der Ölländer oder Nichtölländer und Entwicklungsstand ist die Interessenlage der Entwicklungsländer differenziert. Für die ärmsten Länder ist eine Erhöhung der Entwicklungshilfeleistungen am wichtigsten. Dabei ist zu beachten, daß die allgemeine Beschleunigung der Inflation die Kaufkraft der Beträge der Entwicklungshilfe stark reduziert, weshalb nominelle Steigerungen reale Rückgänge bedeuten können. Jene Länder, die verstärkt marktmäßige Privatkredite erhalten, sind mehr am Zugang zu den Finanzmärkten, langen Laufzeiten und niedrigen Zinssätzen der Kredite interessiert. Obwohl eine Forderung nach genereller Schuldenreduktion oft erhoben wird, sind selbst die Entwicklungsländer darüber uneinig. Eine Erfüllung dieser Forderung birgt nämlich das Risiko, daß die Kreditgeber künftighin besonders zurückhaltend agieren, was jene Länder treffen würde, die auf diese Finanzierungsform angewiesen sind.

Die Bedeutung, die den finanziellen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zukommt, hängt von der Wirtschaftsordnung, dem Entwicklungsmodell und den darin impliziten Wertpositionen ab. Die mehr technokratischen Diskussionen dürfen nicht davon ablenken, daß im Grunde ein Verteilungsproblem zu lösen ist, eine Frage, die sich in gleicher Weise im internationalen wie im nationalen Bereich stellt. Dazu sei abschließend daran erinnert, daß nicht von ungefähr eine Gruppe von schottischen Moralthologen zu den Begründern der modernen Wirtschaftswissenschaften zählt.

### 1. Literatur zur Einführung

P.A. Wellons, *Borrowing by Developing Countries on the Euro-Currency Markets* (EOECD, Paris 1977).  
J.D. Aronson (Hg.), *Debt and the Less Developed Countries* (Boulder 1979).

### 2. Quellenmaterial und Studien

OECD, *External Indebtness of Developing Countries: Present Situation and Future Prospects* (Paris 1979).  
The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank, *World Development Report* (Washington D.C. August 1979).

### 3. Bibliographie

United Nations Library, Geneva, Publications Series C, *Debt Problems of Developing Countries* (Genf 1979).

## HANNS ABELE

1941 in Wien geboren. 1959–1963 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien. 1963 Promotion zum Dr. iur. Gerichtspraxis. 1964 Univ.-Ass. am Institut für Wirtschaftswissenschaften, Universität Wien; Studien der Staatswissenschaften und der Mathematik. 1972 Habilitation für Volkswirtschaftslehre. 1973 Prof. für theoretische Nationalökonomie an der Universität Freiburg i.Ue. 1977 Prof. für Volkswirtschaftslehre und politische Ökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien. Weitere Lehrtätigkeit: Universität Wien, Diplomatische Akademie Wien, Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung Wien. Studienaufenthalte: Oxford, New York. Veröffentlichungen u.a.: Über geldwirtschaftliche Wachstumsmodelle: *Zeitschrift für Nationalökonomie* 31 (1971); Towards a Neo Austrian Theory of Exchange: G. Schwödauer, *Equilibrium and Disequilibrium in Economic Theory* (Dordrecht 1977) 204–212; Vom Glück und Unglück des Wohlstands und der Wirtschaftskrise: *La recherche du bonheur*. Die Suche nach dem Glück (Freiburg i. Ue. 1978) 70–84. Zur politischen Ökonomik des Nord-Süd-Dialogs und der Position der Kirche: J. Brantschen, P. Selvatico (Hg.), *Unterwegs zur Einheit*. Festschrift für Heinrich Stürmimann (Freiburg i.Ue. 1980) 134–154. Anschrift: Universität Freiburg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, CH-1700 Freiburg.